

## **Kandidaturen der extremen Rechten für die Wahlen am 22. April**

Bei den kommenden Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratswahlen am 22. April 2012 in Thüringen wollen auch die NPD und in Erfurt ein neonazistisches Kommunalbündnis auf den Wahlzetteln stehen. Thüringenweit werden im April die Oberbürgermeister der sechs kreisfreien Städte, 95 hauptamtliche Bürgermeister sowie 16 Landräte gewählt. Die NPD verkündete Anfang Januar bei ihrem Neujahrsempfang, sie werde sich an den Wahlen „in einigen wenigen Regionen mit eigenen Kandidaten beteiligen und parteilose Vertreter unterstützen“. Wo, das wollte oder konnte die Partei bis heute (Stand: 22.02.2012) nicht verraten. Wahlkampfaktivitäten der Partei wurden bisher nicht bekannt.

Klar ist, dass die NPD mit ihren möglichen Antritten bei dieser Wahl keine Erfolgchancen haben wird. Doch mit ihrem Agieren bereitet sich die Partei auf die Wahlen zu den Stadträten, Kreistagen und dem Landtag 2014 vor. Durch den aussichtslosen Wahlantritt 2012 sollen die Partei und ihre Kandidaten frühzeitig in die Öffentlichkeit gebracht und ihr Präsenz in der Politik Normalität werden – Grundvoraussetzungen für künftige Wahlerfolge. Die Thüringer NPD machte diese strikte Orientierung auf die Wahlen 2014 in einem eigenen Bericht zum Neujahrsempfang deutlich. Unter anderem sollen „Strukturausbau“, die „Aufstockung von hauptamtlichem Personal“ sowie „professionelle Spenderakquise“ 2012 vorangetrieben werden. „(A)lle Maßnahmen, auch in diesem Jahr, dienen dem Ziel, 2014 endlich in den Thüringer Landtag einzuziehen“, so die NPD. Zur Vorbereitung auf künftige Wahlkämpfe muss auch die heutige Arbeit der Partei in den Thüringer Kommunalparlamenten gerechnet werden. Hier habe sie sich im vergangenen Jahr „behaupten und vielmals Akzente setzen“ können, glaubt die Neonazi-Partei. Es würde ihr angeblich sogar gelingen, in den Stadträten und Kreistagen „die etablierten Vertreter inhaltlich vor sich her (zu) treiben und viel (zu) erreichen“. Eine Einschätzung, die mit der Wahrheit und den tatsächlichen Aktivitäten in den Kommunalparlamenten nichts zu tun hat.

In Erfurt ist dagegen bereits klar, dass hier das neonazistische Bündnis „Pro Erfurt“ zu den Oberbürgermeister-Wahlen antreten will. Das kündigte die Gruppe auf einer Mini-Kundgebung („Werbekundgebung“) am 28. Januar 2012 vor dem Rathaus an. Doch damit das Grüppchen am 22. April auf dem Wahlzettel stehen kann, müssen erst noch ausreichend Unterstützer-Unterschriften in der Stadt gesammelt werden. Der Oberbürgermeister-Kandidat von „Pro Erfurt“ ist Christoph Pilch. Er verwendete auf seiner Facebook-Seite SS-Symbolik, präsentiert sich vor einer Reichskriegs-Flagge und bekundete auf seinem Profil, er sei „zu 86% Psycho“. Trotz des Wortes „Pro“ im Organisationsnamen gehört die Erfurter Gruppe nicht zu der gleichnamigen, rassistischen „Bürgerbewegung“, die in Nordrheinwestfalen seit vielen Jahren in den Kommunalparlamenten sitzt. Vorsitzender von „Pro Erfurt“ ist der einschlägig bekannte Kai-Uwe Trinkaus, ehemals erfolgloser Chef der Erfurter NPD. Nachdem er einen Führungsstreit in der Thüringer NPD verloren hatte, trat er in die am Boden liegende „Deutschen Volksunion“ (DVU) ein und übernahm 2009 dort den Landesvorsitz – ebenso erfolglos. Stellvertreterin von „Pro Erfurt“ ist „Kristin F.“, Kassenwart der langjährige politische Weggefährtin von Trinkaus Konrad Förster. Beisitzer im Vorstand sind Dennis Bärwolff, Marcel Brückmann, Diana Schreiner und Christoph Pilch. Konkret politisch äußert sich „Pro Erfurt“ bisher nicht. Auf Flugblättern und im Internet will sich die Gruppe mit den Schlagworten „Familie, Arbeit, Sicherheit, Heimat, Erfurt“ profilieren, ohne jedoch zu einem dieser Schlagworte auch nur einen Satz zu verlieren. Aufgrund des zum Teil seit Jahren in der Erfurter und Thüringer Neonazi-Szene aktiven Personals ist „Pro Erfurt“ eindeutig eine neonazistische Organisation.